

theoretischen Grundlagen der Politik der f. K. geschaffen und sie als Staatsmann in der Außenpolitik des jungen Sowjetstaates bereits unmittelbar nach dem Sieg der —> *Großen Sozialistischen Oktoberrevolution* zur Geltung gebracht. Die Politik der f. K. ist Ausdruck der Wesenseinheit von —* *Frieden* und —> *Sozialismus*. Ihr liegt die fundamentale Tatsache zugrunde, daß die Bewahrung des Friedens und die Gewährleistung der —* *internationalen Sicherheit* die günstigsten äußeren Bedingungen für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung und für den revolutionären Weltprozeß sind. W. I. Lenin betrachtete den Kampf gegen den imperialistischen Krieg als den Eckstein der Politik aller Länder des Erdballs. Er erblickte in der Stärke des Sozialismus, in der prinzipienfesten und flexiblen Außenpolitik des sozialistischen Staates, in der Entwicklung des Bündnisses aller friedliebenden Kräfte sowie in den Widersprüchen des Imperialismus die wachsenden Möglichkeiten, die Politik der f. K. durchzusetzen. Geschichte und Gegenwart bestätigen vollumfänglich die Lebenskraft und die Dynamik der Politik der f. K., die einen tiefen, konkreten Inhalt erlangt hat und deren Realisierungsformen vielfältiger geworden sind. Die UdSSR hat seit Verkündung des »Dekrets über den Frieden« die Politik der f. K. beharrlich verfolgt und dabei bedeutende Erfolge errungen (z. B. Durchbrechung der diplomatischen Blockade, Rapallo-Vertrag 1922, Bildung der —> *Antihitlerkoalition*). Auf der Grundlage der Veränderungen im —> *internationalen Kräfteverhältnis* konnten die im —> *Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand*, 1955, verbündeten sozialistischen Staaten insbesondere zu Beginn der 70er Jahre einen spürbaren Fortschritt auf dem Wege der Verwirklichung der Prinzipien der f. K.

in den Beziehungen zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung erzielen. Mittels der —* *Entspannungspolitik* war es gelungen, in bilateralen Vereinbarungen (—> *europäische Sicherheit*) und in der Schlußakte der —> *Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Helsinki 1975*, die Prinzipien der f. K. völkerrechtlich zu verankern. Zu Beginn der 80er Jahre vollzogen die aggressivsten imperialistischen Kreise, vor allem in den USA und in anderen Staaten der NATO, einen Wechsel von der Entspannung zur direkten Konfrontation. Dieser Kurs der Konfrontation, der Hochrüstung und des Strebens nach militärischer Überlegenheit mißachtet die objektiven Erfordernisse internationaler Sicherheit und drängt die gesamte Menschheit an den Rand eines Atomkrieges. Unter den heutigen Bedingungen ist ein neues Herangehen an die Probleme notwendig, von denen Krieg oder Frieden abhängen. Die von W. I. Lenin begründete Politik der f. K. erlangt heute eine neue Dimension. Angesichts der möglichen Auswirkungen und Folgen eines Nuklearkrieges, in dem es weder Sieger noch Besiegte geben würde, und der wachsenden Tendenz wechselseitiger Abhängigkeit der Staaten der Welt ist die f. K. nicht mehr eine mögliche Form der Gestaltung des Verhältnisses zwischen Staaten unterschiedlicher Systeme unter anderen. Sie ist nunmehr zum kategorischen Imperativ solcher zwischenstaatlichen Beziehungen geworden. Die f. K. hebt die historisch unvermeidliche Auseinandersetzung der Systeme, der Klassen nicht auf, keinesfalls verwischt sie die sozialen, politischen und ideologischen Gegensätze. Doch zwingend ist die Notwendigkeit, die unversöhnlichen Gegensätze und Interessenunterschiede nicht auf die zwischenstaatlichen Beziehungen zu übertragen und sie keinesfalls